

# Niederschrift

über die Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Finanzen am Mittwoch, 29.04.2009, 15:30 Uhr, im Rathaus I, großer Sitzungssaal.

## Anwesend:

Ausschussvorsitzende:	Ilonka Etzold
Ausschussmitglieder:	Karlheinz Bäker Jürgen Bruns Erich Hillebrand Jörn Kickler Bernd Köhler Christine Lampe Walter Langer
stellv. Ausschussmitglieder:	Rudolf Böcker Peter Tischer
Ratsmitglieder:	Iko Chmielewski
von der Verwaltung:	Rolf Heeren Jens Neumann Rainer Rädicker

## Tagesordnung:

### Öffentlicher Teil

- 1 Einwohnerfragestunde
- 2 Anträge an den Rat der Stadt
  - 2.1 1. Nachtragshaushaltssatzung und 1. Nachtragshaushaltsplan der Stadt Varel für das Haushaltsjahr 2009
  - 2.2 Haushaltsplan der Grosse-Stiftung für das Haushaltsjahr 2009
- 3 Stellungnahmen für den Bürgermeister
  - 3.1 Prüfung des Jahresabschlusses 2009 für das Alten- und Pflegeheim Langendamm der Geschwister Anna und Diederich Bremer-Stiftung; hier: Beauftragung eines Wirtschaftsprüfers
- 4 Zur Kenntnisnahme
  - 4.1 Jahresabschluss der Stadt Varel für das Haushaltsjahr 2008
  - 4.2 Über- und außerplanmäßige Ausgaben im Haushaltsjahr 2008
  - 4.3 Beantragung einer Bedarfszuweisung

## Protokoll:

### Öffentlicher Teil

#### 1 Einwohnerfragestunde

Die Einwohnerfragestunde wurde abgehalten.  
Es gab keine Fragen.

#### 2 Anträge an den Rat der Stadt

##### 2.1 1. Nachtragshaushaltssatzung und 1. Nachtragshaushaltsplan der Stadt Varel für das Haushaltsjahr 2009

Der Niedersächsische Landtag hat am 20.02.2009 mit dem Nachtragshaushaltsgesetz 2009 und dem Gesetz zur Umsetzung des Konjunkturpakets II auch das Niedersächsische Zukunftsinvestitionsgesetz (NZuInvG) beschlossen und damit die Initiative Niedersachsen gestartet. Das NZuInvG regelt die Weiterleitung des Hauptteils der Mittel aus dem Gesetz zur Umsetzung von Zukunftsinvestitionen der Kommunen und Länder (Zukunftsinvestitionsgesetz – ZuInvG), also der Bundesmittel.

Mit diesem breit angelegten Investitionsprogramm zur Infrastrukturförderung soll ein entscheidender Beitrag zur Bekämpfung der Wirtschaftskrise und zugleich zur Verbesserung der Perspektiven der wirtschaftlichen Entwicklung geleistet werden. Vor dem Hintergrund einer stark nachlassenden Konjunktur sollen durch zusätzliche investive Maßnahmen in den Jahren 2009 und 2010 Arbeitsplätze gesichert und die Qualität des Standortes Niedersachsen verbessert werden. Der Bund, das Land und die Kommunen stellen für die Initiative Niedersachsen Mittel für ein Gesamtinvestitionsvolumen von rd. 1,4 Milliarden Euro zur Verfügung.

Die Stadt Varel erhält gem. § 1 Abs. 2 des NZuInvG eine Investitionspauschale in Höhe von 741.762,00 €. Nach Vorgabe des Bundes sind diese Mittel zu 65 % für Bildungsinfrastruktur und zu 35 % für sonstige Infrastruktur einzusetzen. Daneben erhält die Stadt Varel auf Antrag Zuwendungshöchstbeträge für den Förderschwerpunkt Schulinfrastruktur (Richtlinien „Bau und Ausstattung von Schulen“ und „Medienausstattung“) bei einem Eigenanteil von mind. 10 % der zuwendungsfähigen Ausgaben. Ferner gewährt das Land auf Antrag Mittel in Höhe von 80 % der zuwendungsfähigen Ausgaben nach den Richtlinien „Sanierung von Sportanlagen“ und „Altlastensanierung“. Ein Anspruch auf Förderung besteht nicht.

Der Ausschuss für Bauen, Liegenschaften, Straßen und Verkehr der Stadt Varel hat in seiner Sitzung am 15.04.2009 über die Inanspruchnahme und den Einsatz der Mittel aus dem Konjunkturpaket beraten.

Alle Maßnahmen der Stadt Varel, die aus dem Investitionsprogramm finanziert werden sollen, müssen zusätzliche Maßnahmen im Sinne des NZuInvG sein und werden durch Veranschlagung im 1. Nachtragshaushalt 2009 abgesichert. Hierdurch wird erreicht, dass bei der Aufstellung des Haushaltsplanes 2010 sich die Frage von zusätzlichen Maßnahmen für das Konjunkturprogramm II nicht erneut stellt und

eine weitere Veranschlagung unterbleibt. Nicht verbrauchte Mittel können in das folgende Jahr übertragen werden.

Auf der Grundlage des der Stadt Varel angekündigten Mittelzuflusses und der Beratung im Fachausschuss legt die Verwaltung nunmehr einen Entwurf des 1. Nachtragshaushaltsplanes 2009 mit fortgeschriebener Finanzplanung vor.

Zusammengefasst stellt sich der 1. Nachtragshaushalt 2009 der Stadt Varel für das Konjunkturpaket II wie folgt dar:

<b>Ausgaben:</b>		<b>Einnahmen:</b>	
Kommunale Pauschalmittel	974.000 €	Investitionspauschale	741.700 €
Bau, Ausstattung Schulen	125.000 €	Zuwendungshöchstbetrag	101.600 €
Medienausstattung Schulen	38.200 €	Zuwendungshöchstbetrag	34.300 €
Kommunale Sportstätten	807.900 €	Zuwendung (80 %)	646.300 €
Altlastensanierung	172.600 €	Zuwendung (80 %)	138.000 €
	-----		-----
Zwischensumme:	2.117.700 €	Zwischensumme:	1.661.900 €
-	- €	Kreditaufnahme	455.800 €
	-----		-----
<b>Summe:</b>	<b>2.117.700 €</b>	<b>Summe:</b>	<b>2.117.700 €</b>
	=====		=====

Der in der Summe zu tragende Eigenanteil der Stadt Varel beträgt 455.800 €, der voll über eine Kreditaufnahme finanziert wird. Die Kreditaufnahme ist gem. Erlass des MI vom 10.02.2009 von der Kommunalaufsicht zu genehmigen.

Der Entwurf des 1. Nachtragshaushaltsplanes wurde den Ausschussmitgliedern vor der Sitzung übersandt. Die Verwaltung weist darauf hin, dass zur Sitzung noch eine Änderung im Zahlenwerk vorgenommen wurde, die den Anwesenden als Tischvorlage vorliegt. Für die Sanierung der Sporthallen der Grundschulen Büppel und Langendamm lagen bisher lediglich Kostenschätzungen vor, die zwischenzeitlich durch konkrete Berechnungen ersetzt werden konnten. Im Vergleich zur Kostenschätzung weisen die Berechnungen Mehrkosten in Höhe von insgesamt 284.900 EUR aus, die in dem dieser Niederschrift anliegenden Entwurf des Nachtragshaushaltsplanes entsprechend eingearbeitet wurden.

Die Verwaltung weist in Ihren Erläuterungen daraufhin, dass es für die Förderfähigkeit sämtlicher Maßnahmen notwendig ist, dass diese im Nachtragshaushaltsplan enthalten sind. Auch wenn die Zuwendungen für die Förderschwerpunkte Kommunale Sportstätten und Altlastensanierung erst auf Antrag gewährt werden und somit nicht verbindlich eingeplant werden können, sind diese Maßnahmen bereits im Nachtrag zu berücksichtigen.

Auf Nachfrage, warum der Eigenanteil der Stadt Varel nicht über eine Entnahme aus der allgemeinen Rücklage finanziert werde, erläutert die Verwaltung, dass die Kommunalaufsicht Kreditaufnahmen in Zusammenhang mit der Finanzierung des Konjunkturpaketes II zu genehmigen hat. Angesichts der in den nächsten Jahren zu finanzierenden Projekte erscheint es derzeit geboten, die allgemeine Rücklage als finanziellen Puffer zu erhalten.

Auf die Frage nach der Netto-Neuverschuldung der Stadt Varel im Jahre 2009 er-

läutert die Verwaltung, dass bisher keine Kreditaufnahme im Haushalt enthalten ist. Dagegen stehe eine ordentliche Tilgung von Krediten in Höhe von 679.600 EUR (ohne Umschuldung) und somit ein Rückgang der langfristigen Verbindlichkeiten.

Ratsherr Tischer sieht Probleme hinsichtlich der Abwicklung der in dem Nachtrag aufgeführten zusätzlichen Projekte und regt eine Fremdvergabe der vorbereitenden Arbeiten an, um einen möglichen „Planungsstau“ zu vermeiden. Nur durch die zügige Abarbeitung der Maßnahmen lasse sich die durch das Konjunkturpaket II erhoffte Schubwirkung für die Wirtschaft realisieren. Die Verwaltung erwidert, dass für eine zügige Abwicklung auch die Vergabe von z. B. Ingenieurleistungen in Betracht gezogen und des weiteren auch von den durch das NZulnvG ermöglichten Vereinfachungen im Vergabeverfahren Gebrauch gemacht werde.

Ratsherr Hillebrand hält eine Finanzplanung hinsichtlich der für die Stadt Varel in absehbarer Zeit anstehenden Zukunftsaufgaben mit Investitionsbedarf für erforderlich, um einen Überblick über den notwendigen Finanzbedarf zu bekommen. Die heute zu beschließenden Maßnahmen hätten die Zustimmung der SPD-Fraktion, auch wenn der Stadt Varel die Gegenfinanzierung schwer falle. Bei den in Zukunft anstehenden Aufgaben dürfe man die finanzielle Leistungsfähigkeit der Stadt Varel aber nicht aus den Augen verlieren. Die Verwaltung sichert die Vorlage einer entsprechenden Finanzplanung zu einer der nächsten Sitzungen des Ausschusses für Wirtschaft und Finanzen zu.

**Beschluss:**

- a) Die 1. Nachtragshaushaltssatzung der Stadt Varel für das Haushaltsjahr 2009 wird in der dieser Niederschrift anliegenden Fassung beschlossen.

**Einstimmiger Beschluss**

**Beschluss:**

- b) Das Investitionsprogramm für den Planungszeitraum 2008 – 2012 wird in der dieser Niederschrift anliegenden Fassung des 1. Nachtragshaushalts 2009 festgesetzt.

Der Finanzplan für den gleichen Planungszeitraum wird in der dieser Niederschrift anliegenden Fassung des 1. Nachtragshaushalts 2009 zur Kenntnis genommen.

**Einstimmiger Beschluss**

**2.2 Haushaltsplan der Grosse-Stiftung für das Haushaltsjahr 2009**

Der Verwaltungsentwurf des Haushaltsplanes der Grosse-Stiftung für das Haushaltsjahr 2009 wurde den Ausschussmitgliedern vor der Sitzung übersandt.

Die Verwaltung erläutert, dass der Haushalt für das Haushaltsjahr 2009 insbesondere durch größere Erhaltungsaufwendungen im Wohnungsbestand gekennzeichnet ist. Die Finanzierung erfolgt teilweise durch die Entnahme aus der zu diesem Zweck gebildeten Rücklage.

**Beschluss:**

Der Haushaltsplan der Grosse-Stiftung für das Haushaltsjahr 2009 wird in der dieser Niederschrift anliegenden Fassung beschlossen.

**Einstimmiger Beschluss****3 Stellungnahmen für den Bürgermeister****3.1 Prüfung des Jahresabschlusses 2009 für das Alten- und Pflegeheim Langendamm der Geschwister Anna und Diederich Bremer-Stiftung; hier: Beauftragung eines Wirtschaftsprüfers**

Die Jahresabschlussprüfung für das Alten- und Pflegeheim Langendamm der Geschwister Anna und Diederich Bremer-Stiftung obliegt dem Rechnungsprüfungsamt der Stadt Varel.

Dieses kann mit der Durchführung der Jahresabschlussprüfung unter anderem eine Wirtschaftsprüfungsgesellschaft beauftragen oder zulassen, dass die Beauftragung im Einvernehmen mit dem Rechnungsprüfungsamt unmittelbar durch die Stiftung erfolgt.

Das Einvernehmen mit dem Rechnungsprüfungsamt der Stadt Varel, die Kommuna-Treuhand GmbH, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Delmenhorst, mit der Prüfung des Jahresabschlusses 2009 zu beauftragen, ist hergestellt.

Ratsherr Tischer regt in diesem Zusammenhang an, die Wirtschaftsprüfungsgesellschaften in gewissen Abständen zu wechseln, damit der für eine objektive Prüfung notwendige Abstand gewährleistet bleibt.

**Beschluss:**

Mit der Prüfung des Jahresabschlusses 2009 für das Alten- und Pflegeheim Langendamm der Geschwister Anna und Diederich Bremer-Stiftung wird im Einvernehmen mit dem Rechnungsprüfungsamt der Stadt Varel die Kommuna-Treuhand GmbH, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Delmenhorst, beauftragt.

**Einstimmiger Beschluss****4 Zur Kenntnisnahme****4.1 Jahresabschluss der Stadt Varel für das Haushaltsjahr 2008**

Die Verwaltung gibt bekannt, dass der Jahresabschluss für das Haushaltsjahr 2008 zwischenzeitlich fertiggestellt wurde und kurzfristig dem Rechnungsprüfungsamt zur Prüfung vorgelegt wird. Im Ergebnis beläuft sich das kumulierte Defizit zum 31.12.2008 auf 12.315.622,07 EUR.

**4.2 Über- und außerplanmäßige Ausgaben im Haushaltsjahr 2008**

Dieser Niederschrift ist in der Anlage eine Übersicht über die über- und außerplanmäßigen Ausgaben des Haushaltsjahres 2008 beigefügt.

#### **4.3 Beantragung einer Bedarfszuweisung**

Die Verwaltung gibt bekannt, dass die Stadt Varel einen Antrag auf Gewährung einer Bedarfszuweisung gestellt hat.

Zur Beglaubigung:

gez. Ilonka Etzold  
(Vorsitzender)

gez. Jens Neumann  
(Protokollführer)